
Geländegewinne – Update einer Zwischenbilanz rechtsextremer Erfolge und Misserfolge

Dierk Borstel und Claudia Luzar

Zwischen Warnung und Entwarnung liegen oft nur ein, zwei unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe. So wenig wie es die eine Definition vom Rechtsextremismus gibt, genauso wenig gibt es in Forschung und Praxis einen weitergehenden Konsens über Bewertungskriterien zu Erfolgen und Misserfolgen des deutschen Rechtsextremismus. Dieser Beitrag versucht trotzdem anhand eigener Kriterien einen Beitrag zur Bewertung dieser Erfolge und Misserfolge zu liefern. Dabei wird davon ausgegangen, dass Rechtsextremismus kein einheitliches Gebilde darstellt, sondern ein Zusammenspiel durchaus auch unterschiedlicher Akteure mit jeweils eigenen Strategien und Handlungsschwerpunkten, z. T. auch eigenen Ideologieschwerpunkten ist.

Nach einer kurzen Klärung des eigenen Begriffsverständnisses werden dazu basierend auf der Bezugstheorie von Borstel/Heitmeyer (Borstel/Heitmeyer 2013) die verschiedenen Szenarien des Rechtsextremismus und ihrer Unterstützerkulturen dargestellt. Sie stellen die rechtsextreme Seite der Problematik dar. Dem gegenüber stehen demokratische Kräfte. Für die Bewertung von Erfolgen und Misserfolgen ist immer die Interaktion zwischen demokratischen und rechtsextremen Akteuren entscheidend. Schwindet der Einfluss der Demokraten unter dem Druck rechtsextremer Akteure in einem konkreten Kontext, soll von rechtsextremen Geländegewinnen gesprochen werden. Entsprechend erfolgt die Bildung von Thesen zu Erfolgen und Misserfolgen. Für jeden rechtsextremen Phänomenbereich wird eine – auf Grundlage vorliegender empirischer Daten – eigene Einschätzung der Wirkung auf die demokratische Gegenseite vorgenommen. Der Beitrag schließt mit einer Gesamteinschätzung der Geländegewinne basierend auf den Einzelthesen der Untersuchung.

1 Definition von Rechtsextremismus

Es ist dies nicht der Ort, um einen neuen Beitrag zur ausufernden, aber wenig fruchtbaren und kaum innovativen Diskussion zur Rechtsextremismusdefinition zu liefern. Der klassische Extremismusbegriff von Backes/Jesse überzeugt lediglich im Rahmen staatstheoretischer Vorstellungen, vernachlässigt aber die gesellschaftspolitische Di-

mension der Problematik (vgl. Backes/Jesse 1993, Neugebauer 2000). Dieser Beitrag bezieht sich stattdessen auf die Vorstellungen Heitmeyers (vgl. Heitmeyer 1992). Rechtsextremismus setzt sich dabei aus zwei Kernelementen zusammen: der Ideologie der Ungleichwertigkeit der Menschen sowie der grundsätzlichen Akzeptanz von Gewalt. Die Ideologie der Ungleichwertigkeit der Menschen basiert dabei meist auf rassistischen, nationalistischen und/oder antisemitischen Vorstellungen. Ein unmittelbarer positiver Bezug zum historischen Nationalsozialismus kann, muss aber nicht mehr zwingend vorhanden sein. Rechtsextremismus wird dadurch weniger als das Weiterführen der Vergangenheitsideologie, sondern vor allem als politische Reaktion auf gesellschaftliche Konfliktlagen in der Moderne verstanden (vgl. Loch/Heitmeyer 2001).

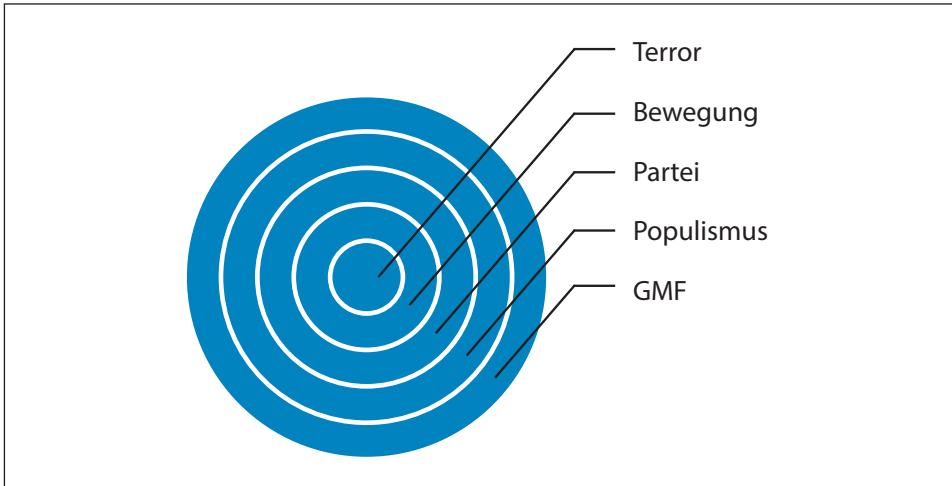
2 Ausdifferenzierung des Rechtsextremismus und seiner Unterstützungskulturen

Die rechtsextremen Szenen haben sich ausdifferenziert und präsentieren sich z. T. sogar in sich widersprüchlich. Tatsächlich lassen sich deutliche ideologische Unterschiede, strategische Ansätze und Bezugsverhältnisse zur unmittelbaren Gewaltanwendung zwischen verschiedenen rechtsextremen Formationen feststellen. Ein Modell zum besseren Verständnis liefert die Bezugstheorie von Borstel und Heitmeyer (Borstel/Heitmeyer 2013).

Die Theorie unterscheidet fünf Phänomenbereiche: Rechtsterrorismus, bewegungsförmiger Rechtsextremismus, parteiförmiger Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF).

Rechtsextremer Terrorismus galt bis zur Entdeckung der NSU trotz zahlreicher historischer Vorläufer als nahezu unmöglich (Vgl. Sundermeyer 2012). Tatsächlich zeigen die Biographien der drei vermutlichen Mitglieder einen Weg der zunehmenden Radikalisierung, der seinen Höhepunkt im mörderischen Terrorismus fand (Vgl. Goetz/Fuchs 2012). Ihre rechtsextreme Sozialisation erfuhr das Trio in den thüringischen Kameradschaften und Netzwerken wie dem »Thüringischen Heimatschutz«. Sie werden, wie auch die neue Generation der »Autonomen Nationalisten«, zum bewegungsförmigen Rechtsextremismus gezählt. Im Gegensatz zu rechtsextremen Parteien wie der NPD verzichten bewegungsförmige Rechtsextremisten auf ein »Mitspielen« im verhassten System. Sie sehen sich als politische Kämpfer im revolutionären Kampf und der sei nicht im Parlament, sondern auf der Straße zu gewinnen. Rechtsextreme Parteien teilen durchaus den systemstürzenden Ansatz, wollen aber sehr wohl den parlamentarischen Weg als zusätzliche Option ihres Kampfes nutzen.

Anders ist dies im Rechtspopulismus: Rechtspopulisten bekennen sich offen als Demokraten, hetzen oft gegen Minderheiten und bieten führerorientiert einfache Lösungen für schwierige Themen an. Oft betonen sie auch ihre deutliche Distanz zur »herrschenden Politikerkaste« und gerieren sich selbst als einzige Alternative zum

Abbildung 1 Phänomenbereiche des Rechtsextremismus (eigene Darstellung)

herrschenden System. Der äußerste Ring umfasst mit der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit die Unterstützungskultur des Rechtsextremismus. GMF ist kein Spezifikum des politischen Randes, sondern mitten in der Gesellschaft verankert (vgl. Zick/Küpper 2006). Alle Bereiche eint die Vorstellung von der Ungleichwertigkeit der Menschen (vgl. Heitmeyer 2008). Differenzen gibt es bei der Gewaltanwendung und dem Verhältnis zur Demokratie.

3 Kriterienkataloge

Geländegewinne müssen mit konkreten Kriterien belegt werden, um nachprüfbar zu sein. In der Interaktion zwischen rechtsextremen und demokratischen Akteuren gibt es hierzu unterschiedliche Perspektiven und Ebenen, die beachtet gehören. Eine Ebene ist der demokratische Verfassungsstaat insgesamt. Ist er gefährdet oder zumindest herausgefordert? Aus der Rechtsextremismusforschung ist der zunehmende kommunale Bezug vieler rechtsextremer Handlungsstrategien bekannt (Vgl. Heitmeyer 1999, Grau/Heitmeyer 2013). Vor diesem Hintergrund entwickelte Heitmeyer eigene Kriterien kommunaler Raumgewinne, die ebenfalls Beachtung finden sollen (Heitmeyer 1999). Eine Minderheitsperspektive haben oft potentielle Opfergruppen rechtsextremer Gewalt. Sie sind jedoch zentrale Warner und ein wichtiger Indikator für die demokratische Kultur in diesem Land. Zur Demokratie gehören unmittelbar der Schutz der Minderheit und der Minderheitsperspektive. Wie nehmen nun potentielle Opfergruppen rechtsextremer Gewalt die Geländegewinne der rechtsextremen Seite wahr? Auch dazu sollen Thesen entwickelt werden.

Tabelle 1 Kriterien Demokratischer Verfassungsstaat

Dimension	Beispiel
Machtübernahme	Rechtsextremisten übernehmen die staatliche Macht und dominieren die Gesellschaft
Blockade demokratischer Verfahren	Rechtsextremisten gelingt es, zentrale demokratische Verfahren wie Wahlen oder das staatliche Gewaltmonopol außer Kraft zu setzen
Störung demokratischer Verfahren	Rechtsextremisten erschweren die Durchführung demokratischer Verfahren z. B. durch Gewalttaten, Demonstrationen oder Besetzungen öffentlicher Räume
Strategisches Nutzen demokratischer Verfahren	Rechtsextremisten nutzen aus strategischer Erwägungen demokratische Verfahren aus, um die Demokratie von innen heraus zu schwächen
Provokation	Rechtsextremisten versuchen die demokratische Gegenseite zu provozieren und dadurch zu beschäftigen
Kritik	Rechtsextremisten kritisieren demokratische Verfahren

Zunächst müssen die konkreten Kriterien genauer skizziert werden. Tabelle 1 zeigt verschiedene Dimensionen rechtsextremer Geländegewinne in Bezug auf den demokratischen Verfassungsstaat. Die höchste Stufe ist demnach die rechtsextreme Machtübernahme, die kleinste Stufe die Kritik, die sich über die Provokation, Störung, Blockade bis zur höchsten Stufe steigern kann. Die untersten drei Stufen sind durchaus demokratiekonform.

Mit dem Fokus auf die Opferperspektive (vgl. Tabelle 2) können vollkommen unterschiedliche Kriterien entwickelt werden. Auch hier zeigt sich eine Steigerungsleiter. Ideal ist die Integration der Opfer in der Mitte der Gesellschaft. Der Anstieg führt in der nächsten Stufe über die professionelle zur unspezifischen Betreuung. Besonders problematisch und nicht mehr demokratiekompatibel sind die obersten drei Stufen: Ignoranz, Leugnung oder sogar Bekämpfung der Opferperspektive durch staatliche Stellen.

Auf kommunaler Ebene zeigen sich noch mal spezifische Geländegewinne (vgl. Tabelle 3). Verschiedene Gruppen kämpfen hier um die Dominanz konkreter sozialer Räume, so dass Heitmeyer auch von Raumordnungskriterien spricht. Zur untersten Stufe gehören die Provokationsgewinne. Zunehmend mit Gewalt verbunden sind Räumungsgewinne, in denen gegnerische Gruppen verdrängt werden, bevor Räume dauerhaft gewonnen werden können. Die höchste Stufe vor Ort ist erreicht, wenn Rechtsextremismus sich als wahrgenommene Normalität vor Ort präsentiert und es keinen Widerspruch mehr zu geben scheint.

In der Auswertung werden jeweils, bezogen auf die verschiedenen Teilbereiche in der Bezugstheorie, die drei Kriterienkataloge zur Einschätzung der jeweiligen Geländegewinne angewandt.

Tabelle 2 Kriterien Opferperspektive

Dimension	Beispiel
Doppelte Bekämpfung	Staatliche Stellen leugnen und bekämpfen offensiv die Opferperspektive.
Leugnung der Opferperspektive	Staatliche Stellen leugnen die Opferperspektive.
Ignoranz der Opferperspektive	Staatliche Stellen ignorieren die Opferperspektive
Begleitung durch Regelverfahren	Opfer werden auf unspezifische Regelangebote (z. B. nach dem SGB) hingewiesen
Professionelle Begleitung	Opfer werden professionell begleitet und nicht alleine gelassen
Integration in der Mitte der Gesellschaft	Opfer werden von Vertretern der Mitte der Gesellschaft und der demokratischen Akteure offensiv integriert und so geschützt

Tabelle 3 Raumordnungskriterien auf kommunaler Ebene

Raumordnungsgewinne	Mögliche Handlungen	Wirkung auf Nicht-Rechtsextreme und Raumordnung
Normalisierungsgewinne	Öffentliches Auftreten Rückgang von Gewalt	Akzeptanz oder Abfindung Kein Diskurs mehr (Schweigen) Rückzug zivilgesellschaftlicher Akteure
Raumgewinne	Demonstration des Raumgewinns Weitere Gewalt gegen »Feinde« Verächtlichmachung der Unterlegenden Integrierende Aktionen für Mitglieder (z. B. Feste)	Vertreibung von Orten Ausweichen von Orten (Umgehungsstrategien) Kenntnis von Treffpunkten Angst und Einschüchterung Diskurs
Räumungsgewinne	Gewaltaktionen gegen »Feinde« Raumorientierte Manifestationen Verkündung des Raumkampfes Konzentration auf bestimmte Orte	Angst und Einschüchterung Opfererfahrungen Unsicherheit im Umgang Suche nach Hilfe beginnt
Provokationsgewinne	Plakataktionen Sprühereien Öffentliche Kurzauftritte Öffentliche Gründungen Verteilungsaktionen	Erste Wahrnehmungen Erste Begegnungen Beginnende Sensibilisierung

(leicht veränderte Fassung nach Sundermeyer/Luzar/Borstel 2011: 14)

4 Auswertung

Die Auswertung ist in sechs Thesen unterteilt:

4.1 Der rechtsextreme Terrorismus zeigt zentrale Defizite der staatlichen Sicherheitsarchitektur auf.

Rechtsterrorismus hat in Deutschland eine Tradition und wurde dennoch jahrelang von staatlichen Stellen für unmöglich gehalten. Diese fatale Fehl- und Selbstüberschätzung platzte mit dem Auftauchen des sogenannten »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU), der ein Jahrzehnt lang morden und rauben konnte, ohne aufgespürt oder von staatlichen Stellen auch nur erkannt zu werden.

Eine Bewertung der Geschichte des NSU in Bezug auf mögliche Geländegewinne muss differenziert erfolgen und das Verhalten staatlicher Stellen und deren Folgen für die Opferperspektive als Zusammenhang erkennen. Tatsächlich handelt es sich um einen Skandal und die Geschichte des NSU zeigt ein kaum für möglich gehaltenes Staatsversagen auf. Unter Beobachtung des thüringischen und landesweiten Verfassungsschutzes konnte eine bekannte gewaltbereite Gruppe »untertauchen«, sich ein scheinbar kleinbürgerliches Leben aufbauen, zehnfach morden und systematisch raubend durchs Land ziehen. Ein rechtsextremer Hintergrund der Mordserie wurde schnell von staatlichen Stellen für unmöglich erklärt, eine Interpretation, die viele Medien, Wissenschaftler und die Zivilgesellschaft unkritisch übernahmen (vgl. Gensing 2012). Stattdessen wurden die Opfer zu Tatverdächtigen erklärt, von polizeilichen Stellen z. T. nachdrücklich in ausufernden Befragungen genötigt und schon an den Tatorten inhuman bedrängt. In Bezug auf die Kriterien der Opferperspektive wurde dabei mindestens die zweihöchste Stufe, die Leugnung der Opferperspektive erreicht. Einzelne Opferfamilien, denen man z. B. Lügengeschichten über ihre Toten erzählte, sprachen auch von der höchsten Stufe, der Leugnung und offenen Bekämpfung der Opferperspektive.

Dieser Zustand ist eines demokratischen Rechtsstaates unwürdig und stellt die Sicherheitsarchitektur der Republik noch immer in Frage. Im Aufarbeitungsprozess kam der doppelte Eindruck hinzu, dass vor allem die Verfassungsschutzämter weder an einer ehrlichen Aufarbeitung noch an einer Korrektur ihres Verhaltens, die in die Zukunft gerichtet ist, interessiert sein könnten. Dem stehen immerhin positive Eindrücke vieler Opferfamilien entgegen – anlässlich einer zentralen Trauerfeier, die in Berlin im Beisein der Staatsspitzen stattfand, der Arbeit eines Bundestagsuntersuchungsausschusses sowie einzelner kommunaler Bemühungen an den NSU-Tatorten.

Bei genauer Hinsicht ist dieser dramatische Befund jedoch kein Erfolg der NSU, sondern ausschließlich Ausdruck des staatlichen und zivilgesellschaftlichen Versagens. Nicht die Taten der NSU haben den Staat im engeren Sinne gefährdet, sondern Staat und Gesellschaft sind selbst ihrer eigenen Normen und Regeln nicht gerecht

geworden und haben dabei aus zum Teil eindeutig rassistischen Motiven aus Opfern Täter konstruiert. Der damit verbundene Schaden für die demokratische Kultur ist somit kein Erfolg des Rechtsextremismus, sondern eine Selbstverleugnung der Demokraten.

Die Idee des Rechtsterrorismus ist mit dem Aufdecken der NSU nicht verschwunden. Die Reaktionen innerhalb der rechtsextremen Szenen waren vielschichtig und schwankten zwischen offener Unterstützung/Bewunderung, stiller Sympathie, bis zur Ablehnung aus eher strategischen Gründen. Eine Wiederholung bzw. Neubelebung des rechtsterroristischen Modells scheint jederzeit möglich. Umso nötiger wären eine ehrliche Überprüfung der Beobachtungsmechanismen der rechtsextremen Szenen sowie eine Diskussion darüber, wie zukünftige Radikalisierungskarrieren frühzeitig erkannt und unterbrochen werden können. International findet dazu eine Diskussion unter dem Stichwort der Deradikalisierung statt, die in Deutschland bisher nur sehr verhalten aufgenommen wurde (vgl. Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 29–31/2013).

4.2 Der bewegungsförmige Rechtsextremismus befindet sich im städtischen Raum in einer Phase der Modernisierung und erfordert neue Formen der demokratischen Auseinandersetzung.

Im bewegungsförmigen Rechtsextremismus muss in der Regel zwischen dem städtischen und dem ländlichen Raum unterschieden werden. In den ländlichen Räumen dominieren Konzepte der kulturellen Subversion, in den (groß-)städtischen Räumen spielen unmittelbar gewaltorientierte Konzepte eine größere Rolle.

Im städtischen Raum zeigt sich derzeit eine deutliche Transformation der rechtsextremen Szenen. Das Konzept der freien Kameradschaften existiert noch, ist aber rückläufig. Vor allem jüngere Rechtsextremisten orientieren sich zunehmend am Modell der Autonomen Nationalisten (AN) (vgl. Luzar/Sundermeyer 2011). Damit verbunden sind eine vielschichtige Erneuerung der Ästhetik, Strategien und der ideologischen Schwerpunkte.

Die jüngeren Rechtsextremisten der AN sind ästhetisch von ihrer bedeutendsten Feindgruppe, der linksradikalen Antifa, kaum zu unterscheiden. An die Stelle von Glatze und Springerstiefeln traten sportliche Jacken und ein modernes, jugendkulturell anschlussfähiges Outfit. Viele Rechtsextremisten sehen heute so aus wie früher ihre Opfer. Strategisch sind die AN sehr internetaffin. Moderne Internetauftritte, ein aktives Mitmischen in den sozialen Netzwerken und hohe technische Intelligenz sind dort weit verbreitet. Jugendliche werden heute zunehmend übers Netz und nicht mehr auf der Straße angesprochen. Thematisch gab es eine Verschiebung zur Kritik der sozialen Lage der Gesellschaft, die in Teilen auch anschlussfähig an Theorien der Globalisierungskritik ist und durchaus auch reale Missstände der Gesellschaft aufgreift, um so rechtsextreme Ideen zu propagieren.

Bisher lässt sich zwar ein bundesweites, aber noch sehr löchriges Netzwerk der AN-Gruppen erkennen. Geländegewinne sind vor allem auf kommunaler Ebene erkennbar. Einzelne Analysen lassen hier sogar Raumgewinne erkennen (vgl. Sundermeyer/Luzar/Borstel 2011). Räumungsbewegungen sind jedoch üblicher (vgl. Born/Andraesch 2011). Tatsächliche Normalisierungsgewinne drohen zwar vereinzelt, konnten bisher jedoch nicht empirisch einwandfrei nachgewiesen werden (vgl. Luzar 2013).

Die AN-Gruppen sind vor allem mit ihrer schwereren Erkennbarkeit und thematischen Verschiebung eine recht junge Herausforderung für die demokratische Gegenseite. Das Land NRW reagierte mit einer Verbotsreihe gegen diese Gruppen, die einerseits zu einer Schwächung einzelner Gruppen beigetragen und andererseits in anderen Orten vor allem rechtsextreme Innovation hervorgebracht hat. Im Ruhrgebiet war das Verbot der AN-Gruppen die Geburtsstunde einer neuen Partei mit dem Namen »Die Rechte«. Die AN-Gruppen nutzen hier das Parteienprivileg nicht alleine, um politische Kritik zu äußern, sondern auch, um demokratische Verfahren strategisch für sich zu nutzen.

Zu beachten bei den AN ist zusätzlich die Anschlussfähigkeit an den Interessen der jungen Generation. Sie sind das rechtsextreme Modell der Zukunft, was derzeit noch im Wandel befindlich ist und neue Wege und Strategien ausprobiert. Gewalt ist den Gruppen genauso zu Eigen wie die Kenntnis und Fähigkeit zur Idee der kulturellen Subversion. Sie sind somit anschlussfähiger an neue Milieus, strategisch flexibler als der »alte« Rechtsextremismus und mit seiner Internetaffinität auch modern trotz alter Grundideologie. Somit drohen hier neue Geländegewinne, sowohl auf kommunaler als auch auf überregionaler Ebene.

4.3 Es haben sich stabile, rechtsextreme Modellregionen im peripheren ländlichen Raum entwickelt.

In einigen ländlichen Räumen, besonders in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Südbrandenburg und Thüringen, haben sich im peripheren ländlichen Raum erstaunlich stabile rechtsextreme Hochburgen entwickelt. Ostvorpommern gilt sogar europaweit als Ausdruck einer besonderen rechtsextremen Dominanz (vgl. Borstel 2011). Die vorliegenden Analysen zeigen auf kommunaler Ebene deutliche Normalisierungsgewinne und damit die höchste Stufe rechtsextremer Geländegewinne (vgl. Buchstein/Heinrich 2010; Borstel 2011). Auf Landesebene bildet Vorpommern genauso wie die Sächsische Schweiz in Sachsen die zentrale Wählerbasis der NPD und ist im Wesentlichen dafür verantwortlich, dass die NPD in beiden Bundesländern die 5 %-Hürde zweifach überspringen konnte (Brandstetter 2013).

Tatsächlich zeigt sich besonders in Ostvorpommern ein zentrales Demokratiedefizit und zum Teil sogar ein Demokratievakuum, welches die Rechtsextremisten zu füllen versuchen (vgl. Borstel/Luzar 2014). Neben einer fehlenden Demokratietra-

dition kommen hier noch besondere sozioökonomische Verwerfungen hinzu. Jahrhundertlang waren die Dörfer eng mit der Landwirtschaft verbunden und zum Teil identisch. Das dörfliche Leben fand – mehr noch als in anderen Regionen – in und um die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften statt. Sie waren nicht nur Arbeitgeber, sondern auch kultureller und kommunikativer Mittelpunkt der Dörfer und somit für ihre Integration zentral (vgl. Borstel 2011: 53–59). Mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten veränderte sich der Integrationsmechanismus des ländlichen Raums vollständig. Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften entwickelten sich zu hoch modernen Agrarfabriken ohne Anbindung an das jeweilige Dorf und sind ökonomisch auf den Weltmarkt und nicht auf regionale Kreisläufe orientiert. In kürzester Zeit wurden Tausende Landarbeiter arbeitslos und waren fortan wegen nicht kompatibler Ausbildungen auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht mehr vermittelbar (Vgl. Bude 2008). Die neue Demokratie präsentierte sich in diesen Regionen nicht als stetiger Wirtschaftsaufschwung wie in Westdeutschland in den fünfziger Jahren, sondern als unangebundenes und fremdes Verwaltungsgestüt zur Organisation des sozialen und ökonomischen Kahlschlags. Investiert wurde in Straßen und Gebäude, weniger jedoch in Bildung und menschliche Perspektiven. Rechtsextremisten kritisieren diese Umstände vor Ort und versuchen, sich als grundsätzliche Alternative für »Volk und Heimat« zu präsentieren (vgl. Borstel 2007). Der Rechtsextremismus trifft somit auf günstige Wachstumsbedingungen. Durch diesen Umstand gelangen den Rechtsextremisten dauerhafte Geländegewinne, bisher allerdings regional begrenzt, die aber zum Teil bis zu Normalisierungsgewinnen reichten. Oft konnten sich rechtsextreme Akteure zwar temporär aber nicht dauerhaft etablieren. Der Marsch über die Kommune zur Revolution war vielen zu langwierig.

Erfreulich ist derzeit, dass sich in vielen Regionen bürgergesellschaftliche Bündnisse gegründet haben, um den Kampf um die kommunale Lufthoheit aufzunehmen. Kleinere Modellprojekte des Bundes sollen diese Initiativen unterstützen. Dieses Engagement darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass zentrale Fragen der kommunalen Demokratieentwicklung in diesen Regionen weitgehend unbeantwortet geblieben sind. Diese Regionen brauchen einen positiven Zukunftsentwurf, um sie sozial, ökonomisch und politisch zu stabilisieren.

4.4 Der parteiförmige Rechtsextremismus schwächelt.

Der parteiförmige Rechtsextremismus befindet sich im Sinkflug. Die früher größte rechtsextreme Partei »Deutsche Volksunion« (DVU) hat sich nahezu geräuschlos aufgelöst. Die »Republikaner«, deren politische Einordnung im rechten Spektrum nie eindeutig gelang, existiert mittlerweile als Sektiererpartei und kann nur noch auf wenige kommunale Mandate vor allem im Süden der Republik verweisen. Ernsthafte Geländegewinne gelingen ihr weder in Bezug auf den Bundesstaat noch auf kommunaler Ebene.

Als einzig ernsthafte Größe im rechtsextremen Parteienspektrum ist die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) verblieben. Sie ist – nach der Wahlniederlage in Sachsen – nur noch in im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern in Fraktionsstärke vertreten und verfügt über etwa 300 kommunale Mandate. Oberflächlich betrachtet scheint sie somit gut verankert und zumindest regional erfolgreich zu sein. Bei genauerer Betrachtung revidiert sich dieser Eindruck schnell. In den zurückliegenden Landtags- und Bundestagswahlen sank regelmäßig die Zahl der Wähler. In vielen Landtagswahlen war sie sogar so schwach, dass sie dort nicht einmal ihr Minimalziel, eine Förderung aus der staatlichen Parteienfinanzierung, erreichte. In den Parlamenten nutzen die Rechtsextremisten natürliche demokratische Verfahren für ihre Zwecke (vgl. Brandstetter 2013). Beliebte sind z. B. parlamentarische Anfragen zu Gegnern der NPD. Vor allem in Mecklenburg-Vorpommern werden mit Fraktionsgeldern auch Personen des bewegungsförmigen Rechtsextremismus als Mitarbeiter eingestellt und so finanziell unterstützt. Die NPD ist vor Ort auf eine gute Kooperation mit den Kameradschaften und rechtsextremen Netzwerken angewiesen, um überhaupt eine ernsthafte kommunale Präsenz entwickeln zu können (vgl. Borstel 2010; Volkmann 2010). Eine tatsächliche Störung der demokratischen Verfahren gelingt der NPD in den Parlamenten nicht (vgl. Langer/Lehmann 2008). Selbst ihre Provokationen z. B. in Form hetzerischer Reden sind derweil so berechenbar, dass sie zwar Ordnungsmaßnahmen hervorrufen, ernsthaft jedoch kaum noch jemanden provozieren können. Nach einigen Anlaufschwierigkeiten in Sachsen gelingt der demokratischen Gegenseite mittlerweile auch ein routinierter parlamentarischer Umgang mit den Kollegen der NPD.

Auf kommunaler Ebene stellt sich das Bild ähnlich dar. Dort profitierte die NPD vor allem durch den weitläufigen Wegfall der 5%-Hürde, so dass oft wenige Stimmen genühten um Mandate zu erringen. In den Kommunalparlamenten reicht es der NPD nur selten zur Fraktionsstärke, entsprechend einsam und in ihren Möglichkeiten stark begrenzt agieren dort die Vertreter der NPD. Ernsthafte Einschränkungen demokratischer Verfahren sind nicht bekannt. In einigen Orten versuchen NPD-Vertreter aktiv kommunalpolitisch zu wirken (vgl. Borstel 2010; Beier u. a. 2006). Dort gelingt z. T. eine dezidierte Kritik an örtlichen Missständen, seltener sind Provokationsgewinne, wobei einschränkend erwähnt werden muss, dass über parlamentarische NPD-Aktivitäten nur selten berichtet wird, so dass möglicherweise nur sehr begrenzte und ausgewählte Informationen vorliegen.

Jenseits der parlamentarischen Vertretungen ist die NPD kaum noch arbeitsfähig. Sie ist weitgehend pleite, verliert seit Jahren kontinuierlich an Mitgliedern und ist in sich personell, inhaltlich und strategisch zerstritten. Hinzu kommt das drohende Verbot nach dem Antrag des Bundesrates beim Bundesverfassungsgericht. Die Verhandlungen könnten zwar eine Bühne für Provokationen sein. Andererseits dürfte das kommende Verfahren potentielle Unterstützer jenseits eines harten Kerns von Rechtsextremisten eher vor einem Engagement abschrecken.

Insgesamt befindet sich das rechtsextreme Parteienspektrum eindeutig im Ab-

<http://www.springer.com/978-3-658-01983-9>

Strategien der extremen Rechten

Hintergründe - Analysen - Antworten

Braun, S.; Geisler, A.; Gerster, M. (Hrsg.)

2016, X, 698 S. 16 Abb., 2 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-01983-9